

Waffenlieferant für die ganze Welt?

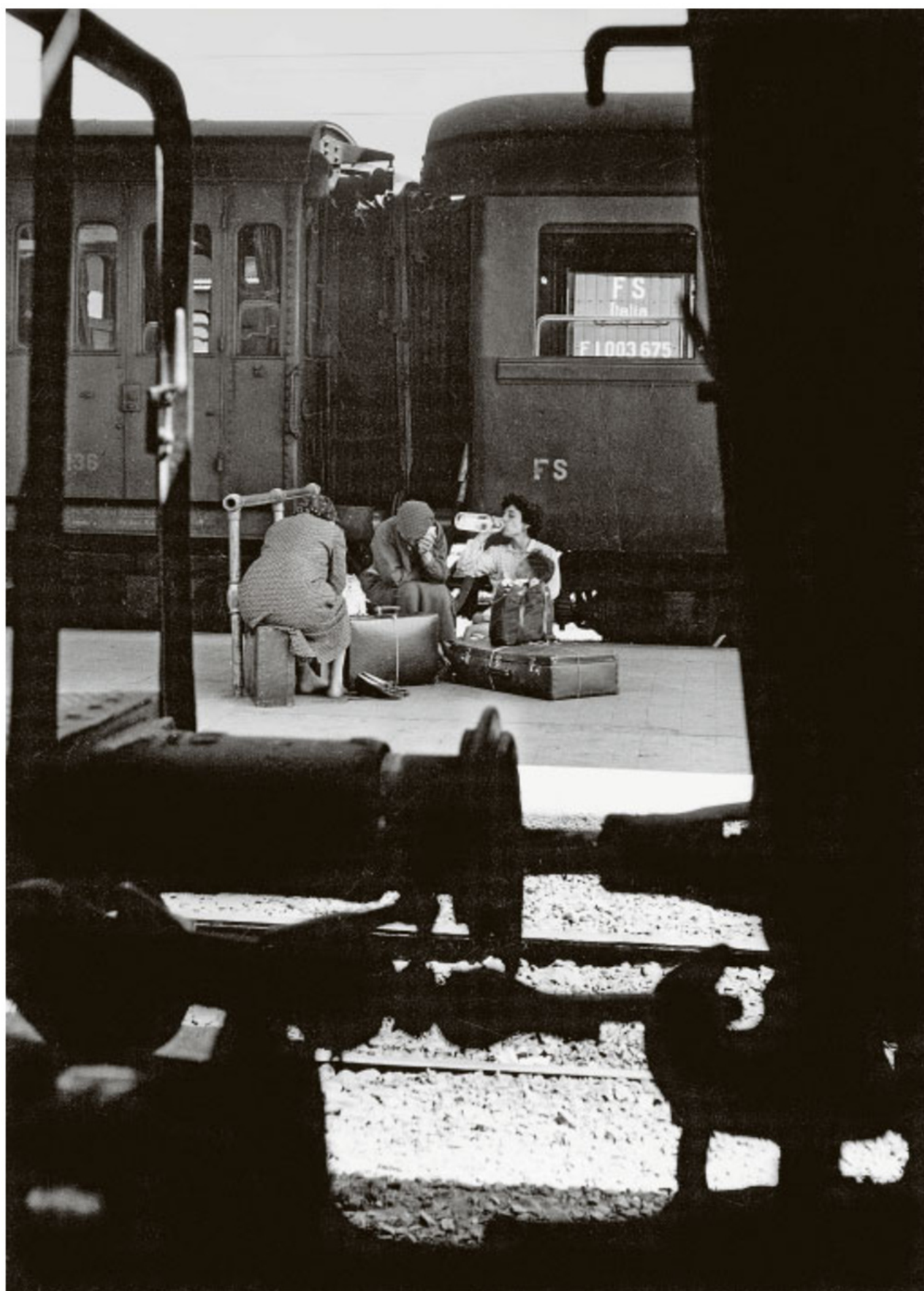
Die Akten zur Bonner Außenpolitik der Jahre 1983 und 1984 zeigen, dass die deutschen Rüstungsexporte schon damals ein sehr heikles Thema waren.

Von Rolf Steininger

Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler gestürzt und Helmut Kohl (CDU) sein Nachfolger. Fünf Tage später machte Kohl gegenüber dem amerikanischen Botschafter die grundlegende Position seiner Regierung deutlich: Washington werde es mit Freunden zu tun haben und ein verlässlicher Partner sein, „der nicht wankt“; vor allem beim Nato-Doppelbeschluss nicht. Sollten die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf scheitern, „muss stationiert werden“, das hieß: Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik aufgestellt werden. Am 18. Januar 1983 war der sowjetische Außenminister Andrei Gromyko in Bonn und wollte es von Kohl genau wissen: „Werden Sie als Bundeskanzler die Erlaubnis für die Stationierung erteilen?“ Kohl: Die Bundesregierung stehe zum Doppelbeschluss: „Dies sei seine Antwort.“

Unterstützung erhielt Kohl von Frankreichs Staatspräsidenten François Mitterrand. Der sprach aus Anlass des 20. Jahrestages des deutsch-französischen Vertrages im Januar im Bundestag und forderte die Durchführung des Doppelbeschlusses. Das half bei der am 8. März anstehenden Bundestagswahl. Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) erhielten durch die gewonnene Wahl, so der Kanzler zum amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, „ein moralisch bekräftigtes Mandat. Wir würden unser Wort einlösen und stationieren.“ Die damit verbundene Unruhe in der Bundesrepublik „müsse man durchstehen“. In Moskau stellte Kohl im Juli 1983 Generalsekretär Juri Andropow die direkte Frage, „warum die Sowjetunion die SS-20-Raketen stationiert habe“. Die Antwort klang wenig überzeugend: wegen der amerikanischen Politik und der französischen und britischen Raketen. Am 22. November stimmte der Bundestag für die Stationierung der im Nato-Doppelbeschluss vereinbarten Pershing II. Und zwar genau 108 – aus innen- und außenpolitischen Gründen „nicht mehr und nicht weniger“, wie Bonn gegenüber den Amerikanern mehrfach betonte. Die hätten wohl gerne mindestens 90 mehr stationiert. Sie bestätigten die Bonner Position zwar mündlich, aber nicht schriftlich und wollten gleich 394 zusätzlich für „Übungsschießen, Tests, Bestandserhaltung und Produktverbesserung“ produzieren. Bei dem Thema gab es zwischen Bonn und Washington zwar weiter „Irritationen“, aber am Ende wurden nur 108 Pershing II stationiert.

Kohl gab damals in fast allen Fragen den Ton an, wie die Akten zur Auswärtigen Politik deutlich zeigen; Genscher wirkt eher blass. Kohl bemüht regelmäßig die deutsche Geschichte, auch die deutsche Teilung. Reagan hielt sie für so „unnatürlich“, dass er 1984 von Gromyko davor „gewarnt“ wurde, „die Wiedervereinigung als eine reale Möglichkeit zu betrachten; sie werde nie stattfinden“. Moskau misstraute den Amerikanern zutiefst. Der Generalsekretär und Ex-KGB-Chef Andropow am 5. Juli 1983 zu Kohl: „Die USA bereiten einen Erstschlag gegen die Sowjetunion vor.“ Kohls Beteuerung, „niemand im Westen wolle eine hinterhältige Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgen“, änderte nichts. Andropows Nachfolger Konstantin Tschernenkow sprach 1984 von einer „Zeit ernster Erhöhung der Kriegsgefahr“.



Emigranten am Bahnhof von Rovigo, 1953

Foto Pietro Donzelli © Renate Siebenhaar, Frankfurt

Ein Thema war damals schon die Gefahr des „industriellen Abstiegs“ der Europäischen Gemeinschaft. In den Vereinigten Staaten sei es demnach, so das Auswärtige Amt, fast schon *communis opinio*, „dass die wirtschaftliche und politische Macht sich immer mehr vom Atlantik zum Pazifik verschieben werde“. Als „Therapiepaket“ wurde eine europäische Technologiepolitik gefordert. Die britische Premierministerin Margret Thatcher hatte nicht ganz unrecht, als sie die Agrarpolitik der Gemeinschaft kritisierte – und im selben Atemzug Geld für Großbritannien zurückforderte und „notfalls auch eine Krise nicht scheuen“ werde. Kohl versprach zu tun, „was er tun könne“, machte aber gleichzeitig klar, andere müssten begreifen, „dass man in Europa nicht nur abholen könne, man müsse auch etwas bringen“. Ein Europa, das im augenblicklichen Zustand weiter verharre, könnte in zehn Jahren zum Tod der Gemeinschaft führen. Ihm ging es von Anfang an um die Erneuerung der

politischen Dynamik des europäischen Einigungsprozesses. Am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft im Juli 1983 wurde denn auch in Stuttgart ganz in diesem Sinne die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ verabschiedet.

Ein besonders heikles Thema war schon damals der Rüstungsexport. Kohl meinte einmal zu Thatcher, Bonn habe zwar nicht den Ehrgeiz, „Waffenlieferant für die ganze Welt“ zu sein, aber „wir wollten auch nicht abwesend sein“. Das betraf insbesondere die finanzkräftigen Saudis. Die wünschten sich Anfang 1983 für zwölf Milliarden DM unter anderem 300 der modernsten Leopard-2-Panzer und 150 Hubschrauber. Im Auswärtigen Amt gab es unterschiedliche Meinungen.

Für Ministerialdirigent Per Fischer sprachen „politische Gründe gegen die Lieferung schwerer Waffen“. Würden die saudischen Wünsche erfüllt, würde das „weltweit als radikaler Wechsel der deutschen Rüstungsexportpolitik verstanden“. Auch für seinen Kollegen Walter

Gorenflos kam eine Lieferung des Leopard nicht in Betracht: „Wir sollten aber ernsthaft prüfen, ob wir den Saudis anderes Gerät liefern können.“ Fischer erwähnte außerdem die zu erwartende Reaktion Israels: „starke Belastung“, „außerordentlich scharfe Kritik“, „einseitige Parteinahme im Nahost-Konflikt“. Der deutsche Botschafter in Israel, Niels Hansen, bestätigte dies: Eine Lieferung des Leopard würde eine „sehr schwere, langfristige Belastung“ der Beziehungen bedeuten: „Ein großer Teil unseres in den letzten Jahrzehnten in Israel mühsam aufgebauten Goodwill würde zerstört“; es

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. R. Oldenbourg Verlag, München 2014. XCVIII und 2105 S., 149,95 €.



käme zur „Vereisung der menschlichen und politischen Beziehungen“.

Im Oktober 1983 besuchte Kohl Saudi-Arabien und vereinbarte mit König Fahd, „Fragen des Verteidigungsbereiches in die Zusammenarbeit einzubeziehen“. Drei Monate später war Kohl dann in Israel und wurde von Ministerpräsident Yitzhak Shamir in dramatischer Weise auf die Konsequenzen deutscher Waffenverkäufe an Saudi-Arabien hingewiesen: Dies werde eine „schreckliche Auswirkung auf die israelische Stimmung haben und eine tiefe Verzweiflung auslösen“. Dies, so Kohl später, müsse bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Im Oktober 1984 versuchten sich gleich zwei Staatssekretäre an einer Lösung. Als „unerlässliche“ Grundlage der Verhandlungen sollte demnach folgender Punkt gelten: „Bei einer gerechten Lösung des Nahost-Konflikts muss das Recht aller Staaten auf gesicherte Existenz ebenso Beachtung finden wie das Recht auf Selbstbestimmung.“ Der saudische Verteidigungsminister sah sich außerstande, dies so zu akzeptieren.

Die Akten zeigen auch die Entwicklung der persönlichen Beziehungen zwischen Kohl und Mitterrand. Ein erster Höhepunkt war das Treffen in Verdun am 22. September 1984. Ausgangspunkt waren die Gedenkfeiern am 6. Juni 1984 anlässlich der Landung der Alliierten in der Normandie 1944. Am 11. Mai erhielt die Botschaft in Paris die Einladungsliste: Kohls Name fehlte. Als Botschafter Franz Josef Schoeller zumindest ein deutsch-französisches Auftreten bei einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof La Cambe vorschlug, wo er dann einen Kranz niederlegen wollte, zeigte sich der Generalsekretär des Quai d'Orsay „reserviert“: „Wir sollten nicht zu viel verlangen.“ Mitterrand wolle die Bundesrepublik bei seiner Festansprache in der Normandie „mit keinem Wort“ erwähnen. Schoeller regte daraufhin an, Kohl möge beim Treffen mit Mitterrand am 20. Mai das Thema ansprechen; es gehe um die Rolle der Bundesrepublik „im Verhältnis zu ihren Verbündeten“.

Wegen des Ausschlusses von Kohl zeichnete sich jedoch im französischen Meinungsbild „eine Tendenz des Unbehagens“ ab, auf die Mitterrand am 20. Mai reagierte; er fürchte, dass ein „besonderer Stich“ in die deutsch-französische Freundschaft getan werde. Hier hakte Kohl geschickt ein: „Er habe noch eine Idee für den Herbst. Könnten nicht der Präsident und er einmal beide auf einem Soldatenfriedhof auftreten? Es gebe Friedhöfe, auf denen Deutsche und Franzosen beerdigt seien.“ Mitterrand antwortete „spontan, er könne dem Bundeskanzler dies zusagen. Wir brauchten uns der Dinge nicht zu schämen, die wir gemeinsam tun.“ Kohl: „Dies würde eine große Wirkung haben.“ Neun Tage später wurde Kohl in Rambouillet konkret und fragte Mitterrand, ob es für ihn denkbar sei, „dass Präsident und Bundeskanzler zusammen nach Verdun gingen“. Mitterrand antwortete: „Ja, ohne weiteres.“ Kohl: „Der Irrsinn der Kriege sei dort am deutlichsten zutage getreten. Dort lägen eine Million Tote aus beiden Kriegen.“ Die Gedenkfeier in Verdun war „eindrucksvoll“, die ineinander verschlungenen Hände der beiden Politiker „symbolträchtig“, so eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amts: „Man wurde unwillkürlich an den Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Brandt in Warschau 1970 erinnert.“ Kohl erinnerte sich dagegen an Adenauer und de Gaulle.

Das Berliner Team um Ilse Dorothee Pautsch hat 754 hervorragend edierte Dokumente vorgelegt. Eine spannende Lektüre für alle, die mehr über die Anfänge der „Ära Kohl“ erfahren möchten.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. R. Oldenbourg Verlag, München 2015. LXXXVII und 1751 S., 139,95 €.

